"Krieg den Armen!"

Zu einem Brief der Jesuiten aus Lateinamerika

Im "forum"-Interview (Nr. 175, S. 10) meinte Premierminister Jean-Claude Juncker, die Globalisierung werde auch Reichtum in der Dritten Welt schaffen und damit die Chance eröffnen, daß sich die Verhältnisse ändern. Die Provinzoberen der lateinamerikanischen Jesuiten sind anderer Meinung. In ihrem im November 1996 veröffentlichten Brief über "Neoliberalismus in Lateinamerika" zeigen sie auf, daß sich die Verhältnisse eher zum Schlechteren verändern. "forum" druckt im Kasten Auszüge aus dem Dokument sowie einen leicht gekürzten Kommentar des Schweizer Jesuiten Nikolaus Klein aus "Orientierung", Nr. 9/1997.

"Krieg den Armen!" Unter dieser Überschrift veröffentlichte im August 1996 der uruguayische Journalist und Schriftsteller Eduardo Galeano einen Essay, in dem er die für die Kultur, die Gesellschaft und die Politik zerstörerischen Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den Staaten Lateinamerikas mit bitteren Worten beklagt (1). Für ihn sind die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe, die unmenschliche Situation im Strafvollzug, gegen die sich von Zeit zu Zeit die Gefangenen verzweifelt in gewalttätigen und gleichzeitig aussichtslosen Revolten wenden, Ausdruck von Gesellschaften, die Ruhe und Ordnung vor der Gerechtigkeit den Vorzug geben. Auch wenn die Militärdiktaturen verschwunden sind, sind deren Methoden bei der Polizei weiterhin üblich: Straftaten verdächtige Menschen werden bei den Verhören gefoltert, viele Verhaftete werden festgehalten, ohne daß ihnen ein Grund dafür genannt wird. Den in vielen lateinamerikanischen Städten zu beobachtenden Vorgang, daß nicht nur die reiche Oberschicht und die Mittelklasse ihre Wohnhäuser zu regelrechten Festungen ausbauen, sondern auch die Armen in den Barrios ihre Elendshütten gegen die noch Ärmeren zu schützen beginnen, und daß öffentliche Plätze mit Gittern abgesperrt werden, deutet E. Galeano als Symptom von Gesellschaften, die ihre soziale Kohärenz zu verlieren beginnen. Die Folgen sind für alle Beteiligten zerstörerisch. "Die Kinder der Armen leiden unter den Widersprüchen einer Kultur, die ihnen den Konsum als Wert propagiert und diesen ih-

nen gleichzeitig verweigert... Sie rächen sich, indem sie die Gesellschaft angreifen. In den Straßen der großen Städte bilden sich Banden von Verzweifelten, die allein durch den Tod, der sie bedroht, zusammengehalten werden." Die vom Abstieg bedrohten Mittelschichten ihrerseits halten am herrschenden System fest, wie wenn sie noch Einfluß darauf hätten, während sie in Wirklichkeit seine Sklaven sind und fürchten, daß sie den Preis nicht mehr weiter bezahlen können, der ihr Dabeisein im System bisher möglich machte.

In den Revolten der Armen und in den Ängsten der andern mag noch ein kleiner Rest von Einsicht über die Unwahrheit solcher Gesellschaften enthalten sein. Wenn die Opfer aber in der politischen Auseinandersetzung zu Tätern gemacht werden, wenn zur Bekämpfung der zunehmenden Kriminalität ausschließlich eine Verschärfung der Strafgesetze und die Suspendierung von Bürgerrechten verlangt werden, wenn für Gesetzesverletzungen staatlicher Organe dagegen Straflosigkeit (impunidad) gilt, dann mag nur mehr die trostlose Prognose von E. Galeano Gültigkeit haben, daß die Straßen nur noch Orte der Gefahr und nicht mehr Treffpunkte der Menschen sind, wo sie im öffentlichen Einspruch um ein menschenwürdigeres Leben kämpfen können.

Öffentlicher Einspruch ist dringend notwendig. Und die von den achtzehn Provinzoberen der rund 3500 in Lateinamerika arbeitenden Jesuiten bei

**"Die Kinder der Armen leiden unter den Widersprüchen einer Kultur, die ihnen den Konsum als Wert propagiert und ihnen diesen gleichzeitig verweigert... Sie rächen sich, indem sie die Gesellschaft angreifen."
E. Galeano**

einer Tagung vom 9. bis 16. November 1996 in Mexiko D.F. (in Anwesenheit ihres Generaloberen P.H. Kolvenbach) erarbeiteten und verabschiedeten zwei Dokumente können als ein solcher Einspruch verstanden werden. Es sind ein Brief an alle Jesuiten über den Neoliberalismus (*El neoliberalismo en América Latina*) und ein etwa doppelt so langer Begleittext, Arbeitsdokument genannt (*Neoliberalismo en América Latina. Aportes para una reflexión en común. Documento de trabajo*) (2). Auch wenn die hauptsächlich Adressaten des Briefes die Jesuiten und die mit ihnen engagierten Laien sind, formuliert der Text ausdrücklich, daß die darin vorgelegten Gedankengänge alle, die vom Schicksal der Ärmsten sich herausgefordert sehen, ansprechen und zu gemeinsamer Reflexion einladen möchten. Der Text beginnt mit einem klaren Protest: "Wir weigern uns, ruhig hinzunehmen, daß die Wirtschaftsmaßnahmen, die in den letzten Jahren in allen Ländern Lateinamerikas und der Karibik angewendet wurden, die einzige Möglichkeit sind, die Wirtschaft zu organisieren, und daß die Verarmung von Millionen von Lateinamerikern die unvermeidbaren Kosten eines zukünftigen Wachstums sein sollen." Diese Eingangspassage bestimmt Ton und Argumentation des ganzen Briefes. Er versteht sich als eine Aufforderung über die aktuelle Situation Lateinamerikas einen alle daran interessierten Beratungs- und Entscheidungsprozeß in Gang zu setzen, der aus den Erfahrungen mit den Maßstäben, die der Neoliberalismus für sich in Anspruch nimmt, und den Konsequenzen, die seine politische Realisierung in den letzten Jahren mit sich gebracht hat, seinen Ausgangspunkt nimmt. Kriterium dieses Prozesses ist eine ethische und christliche Sicht der Gesellschaft. Vom Neoliberalismus wird gesagt, daß er eine Kultur verkörpert, "die auf einer Auffassung der Person und der menschlichen Gesellschaft beruht, die fern von jedem christlichen Ideal ist". Damit ist auch die formale Gliederung des ganzen Briefes gege-

ben. Er beginnt mit einer Situationsanalyse ("Die Gesellschaft, der wir angehören"), nimmt eine Bewertung der aktuellen Lage vor ("Das Verständnis des Menschen") und schlägt Schritte zu einem verändernden Handeln vor ("Die Gesellschaft, die wir uns wünschen" und "Aufgaben").

Neoliberalismus und seine Folgen

Die Situationsanalyse beginnt mit einem Rückblick auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der achtziger und neunziger Jahre. Diese historische Methode erlaubt in der Folge eine differenzierte Ursachenanalyse. Die gegenwärtige sich dramatisch verschlechternde Situation hat weit zurückliegende Ursachen. Mit dem Beginn der neoliberalen Wirtschaftspolitik tritt eine qualitativ neue Phase der Verschlechterung der Lebensbedingungen ein. Diese Beschreibung erlaubt es, zwei Momente hervorzuheben: Der Neoliberalismus ist nicht die alleinige Ursache der sich progressiv verschlechternden Situation, aber er ist der entscheidende Faktor für die Verstärkung struktureller Armut und Ungleichheit, und er treibt die allgemeine soziale Krise bis zur Zerstörung der Kohärenz der Gesellschaften voran.

Dieser Ausgangspunkt des Briefes macht es den Autoren möglich, einen ganzen Katalog negativer Folgen des Neoliberalismus aufzulisten (vgl. Brieftext im Kasten). Dabei legt der Brief großes Gewicht darauf, den inneren Zusammenhang zwischen den Optionen des Neoliberalismus ("Fähigkeit, Geldeinkommen zu erzeugen") und der sozialen Krise aufzuweisen: wenn sich Staat und Gesellschaft nur noch mehr dadurch bestimmen lassen, wie sie der privaten Wirtschaft den größten Nutzen bringen können, schwindet das Interesse und das Engagement für das Wohl aller Glieder einer Gesellschaft. Die bestehende Situation von Ungleichheit und Armut wird dann verschärft.

Im abschließenden Teil des Briefes, der mit dem Titel "Aufgaben" überschrieben ist, verweisen die Provinziale darauf, daß die vordringliche Aufgabe darin besteht, an Hochschulen und in Forschungsinstituten danach zu forschen, warum der Neoliberalismus so hohe Plausibilität erreichen konnte, was seine ethischen Voraussetzungen, seine Konsequenzen für die Menschen und die Natur sind. Die Ergebnisse dieser Forschungen, über die ausdrücklich gesagt wird, daß sie auch Theologie und Philosophie betreffen, sollten die Basis für Optionen und Entscheidungsprozesse bilden, die ein solidarisches Handeln mit den Opfern, den Schutz der Rechte der Ausgeschlossenen (*excluidos*) und den Aufbau einer partizipatorischen Gesellschaft ermöglichen. Zu diesen Aufgaben gehört auch die Suche nach Alternativen im ökonomischen Bereich,

Armut und Neoliberalismus in Lateinamerika Aus dem Brief der Provinzobern der Gesellschaft Jesu

Auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert verbindet uns die Kommunikation sehr eng, die Technologie gibt uns neue Möglichkeiten des Wissens und der Kreativität, und die Märkte dringen in alle gesellschaftlichen Räume ein. Im Gegensatz zum vergangenen Jahrzehnt hat die Wirtschaft unserer meisten Länder wieder zu wachsen begonnen.

Dieses materielle Wachstum, das allen Hoffnung geben könnte, stürzt jedoch zahllose Personen in Armut und läßt sie nicht teilnehmen an der Errichtung ihrer gemeinsamen Zukunft, bedroht die kulturelle Identität und zerstört die natürlichen Ressourcen. Es wird geschätzt, daß in Lateinamerika und der Karibik mindestens 180 Millionen Menschen in Armut leben und 80 Millionen im Elend überleben.

Die Wirtschaftskräfte, die diese perversen Auswirkungen hervorrufen, neigen dazu, zu Ideologien zu werden und bestimmte Konzepte zu verabsolutieren: Der Markt beispielsweise wird von einem nützlichen und sogar notwendigen Instrument für die Erhöhung und Verbesserung des Angebotes und die Reduktion der Kosten zu einem Mittel, zu Methode und Zweck, die die Beziehungen der Menschen regieren.

- Um ihr Ziel zu erreichen, werden die als "neoliberal" bekannten Mittel auf dem Kontinent generalisiert.

- Für sie ist das Wirtschaftswachstum - und nicht die Vollkommenheit aller Männer und Frauen in Harmonie mit der Schöpfung - der Daseinszweck der Wirtschaft.

- Sie schränken die Intervention des Staates ein, bis sie ihn aller Verantwortung für ein Mindestwohl entledigen, das ein jeder Bürger als Mensch verdient.

- Sie eliminieren die allgemeinen Programme zur Schaffung von Möglichkeiten für alle und ersetzen sie durch punktuelle Unterstützung bestimmter Gruppen.

- Sie privatisieren Unternehmen mit dem Kriterium, daß in allen Fällen der Staat ein schlechter Verwalter sei.

- Sie öffnen unumschränkt die Grenzen für Waren, Kapital und Geldfluß und lassen die kleineren und schwachen Produzenten ohne ausreichenden Schutz.

- Sie schweigen über das Problem der Auslandsschuld, deren Zahlung zu einer drastischen Kürzung der sozialen Investition zwingt.

- Sie ordnen die Komplexität des öffentlichen Haushalts den makroökonomischen Variablen unter: ausgewogener Steuerhaushalt, Reduzierung der Inflation und stabile Zahlungsbilanz; als ob daraufhin das Gemeinwohl folgen würde und nicht neue Probleme für die Bevölkerung entstehen würden, die gleichzeitig behandelt werden müssen.

- Sie bestehen darauf, daß diese Anpassungen zu einem Wachstum führen, das - wenn es groß genug ist - das Einkommensniveau anheben und durch Überlaufen die Situation der Benachteiligten verbessern wird.

- Um die Privatinvestition anzuregen, beseitigen sie die Hindernisse, die die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter einführen könnte.

- Sie befreien mächtige Gruppen von Steuern und Verpflichtungen gegenüber der Umwelt und schützen sie, um die Industrialisierung zu beschleunigen, wodurch sie eine noch größere Konzentration des Reichtums und der Wirtschaftsmacht hervorrufen.

- Sie stellen das politische Handeln in den Dienst dieser Vorgehensweise in der Wirtschaft, wobei der Widerspruch entsteht, daß bei gleichzeitiger Befreiung von allen Hemmnissen zur Ausübung des freien Marktes politische und soziale Kontrollen eingeführt werden, um die Herrschaft des freien Marktes zu garantieren.

Wir müssen anerkennen, daß diese Anpassungsmaßnahmen auch positive Beiträge geleistet haben. Es muß auf den Beitrag der Marktmechanismen zur Erhöhung des Angebotes von Gütern mit besserer Qualität und Preisen hingewiesen werden: die Reduzierung der Inflation auf dem gesamten Kontinent; die Entlastung der Regierungen von Aufgaben, die ihnen nicht zustehen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich dem Gemeinwohl zu widmen, wenn sie es wünschen; das allgemeine Bewußtsein der steuerlichen Sparsamkeit, die die öffentlichen Ressourcen besser verwendet; und der Fortschritt in den Handelsbeziehungen zwischen unseren Nationen.

Doch diese Elemente sind weit davon entfernt, die außerordentlichen Verschiebungen und Störungen auszugleichen, die der Neoliberalismus im Hinblick auf die Konzentration von Einkommen, Reichtum und Landbesitz erzeugt: die Vermehrung der Stadtbevölkerung ohne Arbeit oder in unbeständiger und wenig produktiver Arbeit, den Bankrott Tausender kleiner und mittlerer Betriebe; den Drogenhandel, gestützt auf die ländliche Bevölkerung, deren traditionelle Produkte außer Konkurrenz liegen; den Mangel an Nahrungssicherung; einen Zuwachs der häufig durch Hunger erzeugten Kriminalität; die Störung der nationalen Wirtschaften durch den freien Fluß der internationalen Spekulationen; eine Verzerrung in lokalen Gemeinschaften durch multinationale Projekte, die die ansässige Bevölkerung übergehen.

Folglich steigt in fast all unseren Ländern neben einem gemäßigten Wirtschaftswachstum das soziale Unbehagen, das sich in Bürgerprotesten und Streiks ausdrückt. An einigen Orten bekommt der bewaffnete Kampf neue Kraft, der nichts löst. Die Ablehnung der allgemeinen wirtschaftlichen Richtung nimmt zu, die, fern davon, das Gemeinwohl zu verbessern, die traditionellen Ursachen der Unzufriedenheit des Volkes vertieft: Ungleichheit, Not und Korruption.

Glaube und Gerechtigkeit

Neben dem intellektuellen Engagement sehen die Provinziale als eine weitere Aufgabe den Einsatz für die Überwindung der gesellschaftlichen Krise. Sie schlagen vor, jene Bewegungen zu unterstützen, die sich in einzelnen Ländern am Aufbau einer Zivilgesellschaft beteiligen. Nur so kann der Raum öffentlicher Diskussion und eines öffentlichen Interesseausgleichs wiedergewonnen werden, der eine Debatte über gesamtgesellschaftliche Probleme ermöglicht. In diesem Zusammenhang insistiert der "Brief" ausführlicher als das "Arbeitsdokument" auf Traditionen des Ordens: "Wir werden dafür arbeiten, um den Wert, den absichtslose Freigebigkeit (*gratuidad*) darstellt, in einer Welt zu stärken, in der alles nach einem bestimmten Preis verrechnet wird, um den Sinn für ein bescheidenes Leben und einfache Schönheit zu wecken, um innere Stille und geistige Suche zu begünstigen und um eine sich ihrer Verantwortung bewußter werdende Freiheit zu bestärken, die tätige Solidarität mit Entschiedenheit aus der ignatianischen Spiritualität heraus begreift, die sich der Veränderung des Menschen in dem, was ihn grundlegend betrifft, begreift." In diesem Sinne schließt der Brief auch mit der Präzisierung, daß das dort Gewollte und Gesuchte eine erneute Bekräftigung der Glaubensoption sei, "die uns dazu führte, dem Aufruf Gottes in der Nachfolge Jesu in Armut zu folgen,

um in der Suche nach Gerechtigkeit wirksamer und freier zu sein".

Diese Abschlußpassage ist für das Verständnis des Briefes der Provinziale von erheblicher Bedeutung. Ausdrücklich knüpft er damit an die in der 32. Generalkongregation (1974/75) vom gesamten Jesuitenorden übernommene Verpflichtung zum "Einsatz für Glauben und Gerechtigkeit" (Dekret 4) an. Zugleich wird damit an historisch wirksam gewordene Optionen der Jesuiten in Lateinamerika erinnert. (...)

Knüpfen die Provinziale in ihrem letzten, am 14. November 1996 in Mexiko D.F. verabschiedeten Brief an eine schon längere Geschichte des Engagements für Glaube und Gerechtigkeit in Lateinamerika an, so ist die darin vorgelegte Analyse des Neoliberalismus in den letzten Jahren erarbeitet worden. Sie wurde von den CIAS in den einzelnen Ländern vorbereitet und auf der durch das Engagement von Pater César Jerez (1936 bis 1991) entscheidend geprägten Konferenz über "Neoliberalismus und die Armen" im Juli 1992 in Zipaguirá (Kolumbien) diskutiert. Eine erste Frucht dieser dort vorgetragenen Forschungsergebnisse, mit denen man auf die neoliberale Wirtschaftspolitik und die wachsende Verelendung reagieren wollte, ist der nun veröffentlichte Brief der Provinziale an ihre Mitbrüder.

Nikolaus Klein